

## Verhandlungen des Kantonsrates

47

an seiner Sitzung vom 1. April 2019 im Kantonsratssaal, Herisau

Anwesend:	62 Mitglieder des Kantonsrates 5 Mitglieder des Regierungsrates
Entschuldigt:	Kantonsrat Marcel Hartmann, Herisau (ganztags) Kantonsrat Max Eugster, Herisau (ganztags) Kantonsrat Jürg Wickart, Walzenhausen (ganztags)
Vorsitz:	Kantonsratspräsident Beat Landolt, Gais
Ratschreiber:	Roger Nobs

### 1. Eröffnung durch den Kantonsratspräsidenten

48

Kantonsratspräsident Beat Landolt, Gais, eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten:

Sehr geehrter Herr Landammann  
Sehr geehrte Herren Regierungsräte  
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsrätinnen und Kantonsräte  
Sehr geehrte Gäste und Vertreter der Medien

Am 20. November 1989 nahm in New York die Vollversammlung der UNO das Übereinkommen über die Rechte des Kindes an. Sieben Jahre später, am 13. Dezember 1996, genehmigte die Bundesversammlung das Übereinkommen. Artikel 12 dieser Kinderrechtskonvention sagt aus, dass Kindern, die fähig sind, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zugesichert wird, ihre Meinung frei zu äussern. Die Meinung soll dem Alter und der Reife des Kindes entsprechend angemessen berücksichtigt werden. Sie haben das Recht, dass sie in Gerichts- und Verwaltungsverfahren, die sie betreffen, miteinbezogen werden.

Wenn man bedenkt: Erst seit dreissig Jahren ist sich die Gesellschaft bewusst, dass auch Kinder vollwertige Mitglieder sind und dementsprechend auch Anspruch auf ihre Rechte haben.

Die völkerrechtliche Bestimmung ist in der Schweiz zwar schon seit über zwanzig Jahren direkt anwendbar. Sie ist aber noch immer nicht vollständig umgesetzt worden. In Fachkreisen, in der Politik und auch zunehmend in der Bevölkerung ist das Bewusstsein vorhanden. Es gibt Verfahrensgesetze, die das Anhörungsrecht der Kinder ausdrücklich vorsehen. Und trotzdem werden Kinder bei Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, die sie betreffen, nicht angehört. Bestrebungen, das Anhörungsrecht vollständig umzusetzen, sind entweder im Sand verlaufen oder auf die lange Bank geschoben worden.

Im Alltag ist es mir gar nicht bewusst und habe ich es nicht vor Augen, in wie vielen Verfahrenssituationen das Anhörungsrecht der Kinder und Jugendlichen betroffen ist. Am ehesten kommen mir Trennung und Scheidung von Eltern in den Sinn, wenn es um die Frage geht, wem das Sorgerecht zugesprochen wird. Aber dann geht es auch um Kinderschutz im weitesten Sinn, wenn es zum Beispiel um Fremdbetreuung oder Beistandschaft geht. Schule: Schulausschluss, Mobbing. Migration: Asylverfahren und Ausweisung. Gesundheit, Polizei und Adoption sind weitere Verfahrenssituationen. Oder denken wir an die Gestaltung von Lebensraum, wo Kinder durchaus ihre Wünsche und Vorstellungen geltend machen können. Zum Beispiel Spielplätze, Schulhausbauten inklusive Umgebung wie Pausenplatz und Schulweg, Quartierpläne. Die grosse Herausforderung ist es, dass die Kinder zu diesen Verfahren überhaupt herangezogen werden. Sie sind sich ja selber nicht bewusst, welche Rolle ihnen zugeordnet wäre. Also gilt es, alle involvierten Instanzen zu schulen und zu sensibilisieren. Aber, wie können Kinder und Jugendliche entwicklungsgerecht in die Anhörung einbezogen werden? Besteht nicht die Gefahr, dass sie in einen Loyalitätskonflikt geraten? Deshalb bin ich überzeugt, dass auch diesbezüglich Schulung und Sensibilisierung nötig ist. Der Verein «Ombudsstelle Kinderrechte» nimmt sich all diesen Fragen an. Er möchte Aufklärungsarbeit leisten. In unserem föderalistischen System ist es aber schwierig, eine ostschweizerische Lösung zu finden. Jeder Kanton hat seine eigene Art, wie er diesem Auftrag gerecht werden will und denkt, dass er ihn wahrnimmt.

Am 29. Oktober hat der Kantonsrat die Motion Peter Gut, Ombudsstelle, erheblich erklärt. Ausstehend ist noch die Umsetzung. Im Antrag dieser Motion steht, dass es um Personen geht, die sich mit Vorschriften und Verwaltungsabläufen nicht zurechtfinden oder sich unkorrekt behandelt fühlen. Mein Wunsch ist es, dass die kinder- und jugendspezifischen Aspekte bei der Bearbeitung miteinbezogen werden.

Mit dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz besteht im Übrigen die Möglichkeit einer Anschubfinanzierung zu Gunsten von kantonalen Programmen im Bereich Aufbau und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik. Diese ist aber bis Ende 2022 befristet. Bis im Jahre 2017 haben bereits die Hälfte der Kantone Finanzhilfen für ein entsprechendes Programm erhalten und ihre Kinder- und Jugendpolitik weiterentwickelt. Vielleicht gibt die Aussicht auf finanzielle Unterstützung aus diesem Gesetz Anreiz, sich diesen Anliegen und Herausforderungen vertieft anzunehmen.

Die Sitzung ist eröffnet. Der Ratschreiber liest das Gebet.

Nach Gebet und Appell werden die Geschäfte wie folgt behandelt:

## **2. Präsidium und Vizepräsidium des Obergerichts; Wahl Amtsdauer 2019–2023**

49

Mit Bericht vom 25. Februar 2019 beantragt die Justizkommission:

- Zingg Ernst, Gais, als Präsidenten des Obergerichts zu wählen;
- Kobler Walter, Heiden, als Vizepräsidenten des Obergerichts zu wählen.

*Eintreten* ist obligatorisch.

Gewählt als Präsident des Obergerichts ist mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen: Zingg Ernst, Gais.

Gewählt als Vizepräsident des Obergerichts ist mit 61:1 Stimmen ohne Enthaltungen: Kobler Walter, Heiden.

## **3. Kantonsgericht; Wahl Amtsdauer 2019–2023**

50

*Eintreten* ist obligatorisch.

Mit Bericht vom 25. Februar 2019 beantragt die Justizkommission folgende Personen als Mitglieder des Kantonsgerichts gesamthaft wieder zu wählen:

- Cavelti-Zumbühl Gabriela, Speicher
- Gebert Pius, Teufen
- Aemisegger-Lutz Verena, Lutzenberg
- Hüsser Manuel, Gais
- Manser Angelina, Waldstatt
- Nordin Caroline, Trogen
- Rentsch Martin, Heiden
- Bächler Barbara, Speicher

Der Kantonsrat bestätigt die bisherigen Kantonsrichterinnen und Kantonsrichter mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen.

Mit Bericht vom 25. Februar 2019 beantragt die Justizkommission folgende Personen als Mitglieder des Kantonsgerichts zu wählen:

- Alpiger Adolf, Herisau
- Jacomet Tilla, Speicher
- Koch Nadja, Herisau
- Walser Tino, Herisau
- Weisser Blaser Regula, Speicherschwendi

Gewählt als Mitglieder des Kantonsgerichts sind:

- Alpiger Adolf, Herisau, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Jacomet Tilla, Speicher, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Koch Nadja, Herisau, mit 61:1 Stimmen ohne Enthaltungen
- Walser Tino, Herisau, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Weisser Blaser Regula, Speicherschwendi, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen

Mit Bericht vom 25. Februar 2019 beantragt die Justizkommission:

- Gebert Pius, Teufen, als Präsidenten des Kantonsgerichts zu wählen;
- Hüsser Manuel, Gais, als Vizepräsidenten des Kantonsgerichts zu wählen;
- Nordin Caroline, Trogen, als Vizepräsidentin des Kantonsgerichts zu wählen.

Gewählt als Präsident des Kantonsgerichts ist mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen: Gebert Pius, Teufen.

Gewählt als Vizepräsident des Kantonsgerichts mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen ist: Hüsser Manuel, Gais.

Gewählt als Vizepräsidentin des Kantonsgerichts mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen: Nordin Caroline, Trogen.

#### **4. Schlichtungsbehörden; Wahl Amtsdauer 2019–2023**

51

*Eintreten* ist obligatorisch.

Mit Bericht vom 25. Februar 2019 beantragt die Justizkommission folgende Personen als Mitglieder der Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben gesamthaft zu wählen:

- Keel Benno, Herisau
- Lampert Hansjörg, Herisau
- Signer-Füger Imelda, Herisau
- Sigg-Bischof Pascale, Teufen
- Saladin Sara, Gais
- Zähler Paul, Herisau
- Selmanaj Ilir, Trogen
- Mutti Manuela, Herisau

Kantonsrätin Judith Egger, Speicher, beantragt namens der SP-Fraktion die Einzelwahl aller Mitglieder der Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben.

Der Rat stimmt dem Antrag der SP-Fraktion mit 39:22 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Gewählt als Mitglieder der Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben sind:

- Keel Benno, Herisau, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Lampert Hansjörg, Herisau, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Signer-Füger Imelda, Herisau, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Sigg-Bischof Pascale, Teufen, mit 34:19 Stimmen bei 9 Enthaltungen
- Saladin Sara, Gais, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Zähler Paul, Herisau, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Selmanaj Ilir, Trogen, mit 61:0 Stimmen bei 1 Enthaltung
- Mutti Manuela, Herisau, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen

Gewählt als Präsidentin der Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben ist mit 33:21 Stimmen bei 8 Enthaltungen: Sigg-Bischof Pascale, Teufen.

Gewählt als Präsidentin-Stv. der Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben ist mit 57:0 Stimmen bei 5 Enthaltungen: Selmanaj Ilir, Trogen.

Mit Bericht vom 25. Februar 2019 beantragt die Justizkommission folgende Personen als Mitglieder der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht gesamthaft zu wählen:

- Keel Benno, Herisau
- Lampert Hansjörg, Herisau
- Hofstetter Martin, Teufen
- Sigg-Bischof Pascale, Teufen
- Selmanaj Ilir, Trogen
- Aerni Ruedi, Herisau
- Mutti Manuela, Herisau
- Bachmann-Eugster Claudia, Heiden

Kantonsrätin Judith Egger, Speicher, beantragt namens der SP-Fraktion die Einzelwahl aller Mitglieder der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht.

Der Rat stimmt dem Antrag der SP-Fraktion mit 37:24 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Gewählt als Mitglieder der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht sind:

- Keel Benno, Herisau, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Lampert Hansjörg, Herisau, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Hofstetter Martin, Trogen, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Sigg-Bischof Pascale, Teufen, mit 34:19 Stimmen bei 9 Enthaltungen
- Selmanaj Ilir, Trogen, mit 61:0 Stimmen bei 1 Enthaltung
- Aerni Ruedi, Herisau, mit 60:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen
- Mutti Manuela, Herisau, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Bachmann-Eugster Claudia, Heiden, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen

Gewählt als Präsidentin der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht ist mit 33:21 Stimmen bei 8 Enthaltungen: Sigg-Bischof Pascale, Teufen.

Gewählt als Präsidentin-Stv. der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht ist mit 57:0 Stimmen bei 5 Enthaltungen: Selmanaj Ilir, Trogen.

Mit Bericht vom 25. Februar 2019 beantragt die Justizkommission die Wahl folgender Personen als Vermittlerin respektive als Vermittler:

- Kreis 1 (Hinterland): Rechsteiner Christian, Teufen
- Kreis 2 (Mittelland): Sigg-Bischof Pascale, Teufen
- Kreis 3 (Vorderland): Hofmänner Christian, Gais

Kantonsrätin Judith Egger, Speicher, beantragt namens der SP-Fraktion die Einzelwahl aller Vermittlerämter.

Der Rat stimmt dem Antrag der SP-Fraktion mit 35:26 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Gewählt als Vermittlerin respektive Vermittler sind:

- Kreis 1 (Hinterland): Rechsteiner Christian, Teufen, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen
- Kreis 2 (Mittelland): Sigg-Bischof Pascale, Teufen, mit 35:21 Stimmen bei 6 Enthaltungen
- Kreis 3 (Vorderland): Hofmänner Christian, Gais, mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen

## **5. Motion Finanzkommission, Für einen starken und handlungsfähigen Spitalverbund, Abschreibung** 52

Mit Bericht vom 19. Februar 2019 beantragt der Regierungsrat die Abschreibung der Motion der Finanzkommission vom 7. Juli 2016.

Der Rat schreibt die Motion mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen ab.

**6. Motion Oliver Schmid, Teufen, und Patrick Kessler, Teufen, Revision des Finanzausgleichsgesetzes; Erheblicherklärung** 53

Am 19. Dezember 2018 reichten Kantonsrat Oliver Schmid, Teufen, und Kantonsrat Patrick Kessler, Teufen, eine Motion mit folgendem Antrag ein:

«Der Regierungsrat wird beauftragt, die Totalrevision des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen dem Kanton und den Gemeinden (Finanzausgleichsgesetz) anzugehen. Diese Anpassung hat unabhängig vom Stand der Totalrevision der Kantonsverfassung zu erfolgen.»

Nach der mündlichen Begründung durch Kantonsrat Schmid, Teufen, und der Beantwortung durch Regierungsrat Köbi Frei, erklärt der Rat die Motion nach Diskussion mit 61:0 Stimmen bei 1 Enthaltung für erheblich.

**7. Interpellation Hannes Friedli, Heiden, Bildungsausgaben des Kantons Appenzell Ausserrhoden** 54

Am 14. November 2018 reichte Kantonsrat Hannes Friedli, Heiden, eine Interpellation zu eingangs erwähntem Thema ein.

Der Vorsteher des Departements Bildung und Kultur, Regierungsrat Alfred Stricker, beantwortet die in der Interpellation gestellten Fragen.

Es findet keine allgemeine Diskussion statt.

**8. Interpellation Marcel Hartmann, Herisau, Werner Rüegg, Heiden, und Anna Eugster, Speicher, Förderung von Photovoltaik- und Wasserkraftanlagen im Kanton Appenzell Ausserrhoden** 55

Am 19. November 2018 reichten Kantonsrat Marcel Hartmann, Herisau, Kantonsrat Werner Rüegg, Heiden, und Kantonsrätin Anna Eugster, Speicher, eine Interpellation zu eingangs erwähntem Thema ein.

Der Vorsteher des Departements Bau und Volkswirtschaft, Regierungsrat Dölf Biasotto, beantwortet die in der Interpellation gestellten Fragen.

Es findet keine allgemeine Diskussion statt.

**9. Interpellation Werner Rüegg, Heiden, und Hannes Friedli, Heiden, Prüfung von Alternativen für die Bahnlinien Rorschach–Heiden, Rheineck–Walzenhausen und Altstätten–Gais** 56

Am 21. Januar 2019 reichten Kantonsrat Werner Rüegg, Heiden, und Kantonsrat Hannes Friedli, Heiden, eine Interpellation zu eingangs erwähntem Thema ein.

Der Vorsteher des Departements Bau und Volkswirtschaft, Regierungsrat Dölf Biasotto, beantwortet die in der Interpellation gestellten Fragen.

Es findet keine allgemeine Diskussion statt.

**10. Interpellation Michael Kunz, Rehetobel, Auswirkungen des Bundesgerichtsentscheids (8C\_228/2018) auf die individuelle Prämienverbilligung in Appenzell Ausserrhoden** 57

Am 31. Januar 2019 reichte Kantonsrat Michael Kunz, Rehetobel, eine Interpellation zu eingangs erwähntem Thema ein.

Der Vorsteher des Departements Gesundheit und Soziales, Regierungsrat Matthias Weishaupt, beantwortet die in der Interpellation gestellten Fragen.

Es findet keine allgemeine Diskussion statt.

## 11. Gesetz über eGovernment und Informatik, Teilrevision (eGovG Rev 19); 2. Lesung<sup>1</sup>

58

Mit Bericht vom 22. Januar 2019 beantragt der Regierungsrat:

1. auf die Vorlage einzutreten und
2. der Teilrevision des Gesetzes über eGovernment und Informatik in 2. Lesung zuzustimmen.

Mit Bericht vom 25. Februar 2019 beantragt die vorbereitende parlamentarische Kommission:

1. auf die Vorlage einzutreten und
2. der Teilrevision des Gesetzes über eGovernment und Informatik in 2. Lesung zuzustimmen.

*Eintreten* ist unbestritten.

*Detailberatung* wird nicht benützt.

In der *Schlussabstimmung* stimmt der Rat der Teilrevision des Gesetzes über eGovernment und Informatik in 2. Lesung mit 60:1 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Die Vorlage untersteht bis Dienstag, 4. Juni 2019, dem fakultativen Referendum (Text siehe Anhang).

## 12. Frage- und Informationsstunde

59

Es sind keine Fragen durch die Mitglieder des Kantonsrates eingegangen.

Schluss der Sitzung: 12.08 Uhr

---

<sup>1</sup> 1. Lesung am 29. Oktober 2018 (Abl. 2018, S. 1493 f.)